

26. Juni 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Bonn, den 26. Juni 1962

P/XVII/130

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1	Gebot der Stunde ----- Zu der Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa	48
2	Daneben getreten ----- Merkatz und Franco-Spanien	43
3	Warnung für die CDU ----- Zur Präsidiurnswahl des Bundes der Vertriebenen (BdV)	40
4	Mit Blick auf die EWG ----- Europagespräche im Rahmen der Kistler Woche	46
<u>Der Auslandsbericht:</u> -----		
5 - 6	Beständenes "Wahlexamen" ----- Die Modernisierung der Christdemokraten	72

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Gebot der Stunde

Zu der Erklärung des Aktionskomitees
für die Vereinigten Staaten von Europa

- * "Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, *
- * dem fast alle politischen Parteien unserer sechs Länder so- *
- * wie die freien und die christlichen Gewerkschaften, die *
- * zehn Millionen Arbeitnehmer vertreten, angehören, ist der *
- * Auffassung, dass die wirtschaftliche und politische Einheit *
- * Europas einschliesslich Grossbritanniens sowie die Herstel- *
- * lung einer auf voller Gleichberechtigung begründeten Part- *
- * nerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von *
- * Amerika allein die Möglichkeit bieten, den Westen in sich *
- * zu festigen und auf diese Weise die Voraussetzungen für *
- * den Frieden zwischen West und Ost zu schaffen". *

* *
*

sp - In einer Pressekonferenz am heutigen Dienstag haben Mitglieder der deutschen Sektion des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa der Öffentlichkeit ein Dokument übergeben, das mit dem oben zitierten Satz beginnt. Zu gleicher Zeit sind in Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg und in den Niederlanden ebenfalls führende Persönlichkeiten des Aktionskomitees vor die Öffentlichkeit getreten und haben ihren Gedanken im gleichen Sinne wie ihre deutschen Freunde Ausdruck gegeben.

Damit ist über die nationalen und parteipolitischen Grenzen von sechs europäischen Ländern hinweg sehr deutlich gegen jene Vorstellungen Front gemacht worden, die den Weg zu einem geeinten Europa zu blockieren drohen.

Das Verdienst zu dieser Initiative gebührt dem Präsidenten des Aktionskomitees, dem Franzosen Jean Monnet, der als unabhängiger Politiker und erster Präsident der Hohen Behörde der Montanunion seit Jahren immer wieder in kritischen Situationen der Europa-Politik bestrebt war, aufkeimende Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und der Europa-Idee neue wegweisende Impulse zu geben.

Dass auch die Gewerkschaften von sechs europäischen Ländern - natürlich mit Ausnahme der kommunistisch gelenkten Gewerkschaften - den jetzt veröffentlichten Appell unterzeichneten, ist ein Beweis für die feste Verankerung der Europa-Idee in den europäischen Völkern.

Der gemeinsamen Erklärung des Aktionskomitees kommt jedoch nicht nur aus dem aktuellen Anlass der Äusserungen zweier europäischer Regierungschefs Bedeutung zu. Man weiss, dass die Vereinigten Staaten von Amerika bemüht sind, die globalen Interessen der freien Welt wirtschaftlich und politisch miteinander in Einklang zu bringen. Jedes Sperrfeuer gegen ein solches Bemühen bedeutet nicht nur eine Schwächung des freien Europa, sondern auch eine Schwächung der gesamten freien Welt. Ein politisch geeintes Europa, in enger Partnerschaft mit den USA verbunden, ist aber auch gleichzeitig die Basis für eine friedliche Beilegung des Ost-West-Konfliktes.

Die Überprüfung der institutionellen Grundlagen der jetzigen europäischen Zusammenarbeit, ihre Weiterführung in eine umfassendere politische Gemeinschaft, die den Bogen auch zu jenen Staaten spannt, deren Existenz auf den gleichen demokratischen Fundamenten ruht wie die der europäischen Nationen, ist ein Gebot der Stunde.

Wir hoffen, dass der Appell des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa besonders dort gehört wird und gute Aufnahme findet, wo die Richtlinien der Politik bestimmt werden.

+ + +

- 2 -

Daneben getreten

Merkatz und Franco-Spanien

sp - Der "Minister für Bundesratsangelegenheiten", Herr von Merkatz, liebt gelegentliche Ausflüge in die Aussenpolitik. Seine besonderen Sympathien gelten dem spanischen Diktator Franco und dem sogenannten Europäischen Dokumentations- und Informationszentrum in Madrid; Sammelpunkt aller eifernden Abendländer.

Das Europabilä des Herrn von Merkatz, der gern und oft auch in Kundgebungen der Vertriebenen als offizieller Vertreter der Regierung auftritt, deckt sich mit dem Reich Karls des Grossen, dessen östliche Grenze die Elbe bildete. Nach Madrid, dem modernen Mekka deutscher Abendlandsapostel pilgern alle, denen ein Kleinearopa vorschwebt, das sich an überlebten Requisiten von gestern und vorgestern orientiert. Von diesem Zentrum der europäischen Restauration empfangen sie ihre Inspiration. Ob die Tätigkeit dieser "Europäer" sich überhaupt mit Geist und Inhalt unseres Grundgesetzes vereinbaren lässt, bleibt eine offene Frage.

Nicht erfüllt vom Geist einer freiheitlichen Demokratie waren jedenfalls die letzten Madrider Offenbarungen des Bundesministers, der, ohne dazu überhaupt ermächtigt zu sein, im Namen der Bundesregierung den "europäischen Kurs" der spanischen Politik begrüsst. Wie, vernimmt der staunende Leser, Franco verfolge einen europäischen Kurs? Ist es nicht gerade das Gegenteil dessen, was heute in Spanien geschieht? Die aufrichtigen spanischen Europäer und sogar der bedeutendste von ihnen, der weltbekannte frühere Aussenminister Salvadore de Mañariaga sind seit den Tagen des spanischen Bürgerkrieges im Exil, gefolgt von nicht wenigen Teilnehmern des kürzlich in München abgehaltenen Kongresses. Ihnen blieb keine andere Wahl, als ins Exil zu gehen, oder als Verbannte auf den Kanarischen Inseln zu leben, auf Geheiss jenes Franco, den Herr von Merkatz in sein Herz geschlossen hat.

Von diesem Herrn mit seiner unverkennbaren Vorliebe für autoritäre, halb- und ganzfaschistische Regierungen ist freilich keine Wendung zum Besseren zu erwarten. Nun, das mag seine Sache bleiben. Wie steht es aber mit der Regierung, deren Mitglied er ist? Hier bekommt diese betrübliche Angelegenheit einen hochpolitischen Charakter. Hier wäre eine offizielle Zurechtweisung am Platze gewesen. Sie ist ausgeblieben. Der Opposition blieb es vorbehalten, das Notwendige zu sagen.

Spanien gehört zu Europa, und das spanische Volk hat ein Recht darauf, auch seine Stimme im Chor der europäischen Völker zu Gehör zu bringen - aber nicht der Diktator Franco, dessen Existenz und Politik eine Verleugnung all dessen ist, wonach die freiheitlichen Völker Europas streben. Dafür hat ein Herr von Merkatz offenbar kein Empfinden. Der deutsche Bundesminister ist allen Spaniern in den Rücken gefallen, die gegen die Diktatur für die Sicherung der Menschenrechte auch in Spanien kämpfen.

Warnung für die CDU

H.H. -- Der Bund der Vertriebenen hat zum ersten Mal seit seiner Gründung im Dezember 1958 sein fünfköpfiges Präsidium verändert. Zwar wurde Hans Krüger MdB (CDU) in seinem Amt als Präsident bestätigt, aber schon diese Wiederwahl macht wegen ihres knappen Ergebnisses aufhorchen. Die 111 Delegierten der Bundesversammlung, die am vergangenen Sonntag in Bonn zusammentrat, entschieden sich mit der knappen Mehrheit von 66 Stimmen für Krüger, während Reinhold Rehs MdB (SPD), den die Landsmannschaft Ostpreussen als Gegenkandidaten aufgestellt hatte, 40 Stimmen auf sich vereinigen konnte, 5 Delegierte enthielten sich der Stimme. Zum ersten Vizepräsidenten wurde wiederum Wenzel Jaksch MdB (SPD) gewählt, er konnte mit 97 Stimmen die höchste Stimmenzahl von allen Wahlgängen auf sich vereinigen. Zweiter Vizepräsident wurde Reinhold Rehs (SPD) mit 75 Stimmen. Zu weiteren Vizepräsidenten wurden der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, der niedersächsische Vertriebenenminister Erich Schellhaus (GdP) wiedergewählt und Rudolf Wollner, Wiesbaden (GdP), neu hinzugewählt.

Die beiden GdP-Politiker Staatssekretär Gossing, Hannover, und Dr. Mocker, Stuttgart, die in ihren Ländern zugleich das Amt eines Vorsitzenden der Landesverbände des BdV bekleiden, wurden zum ersten Mal nicht wiederbestätigt. Im Ganzen hat die Gesamtdeutsche Partei einen Sitz im Präsidium verloren.

Das Wahlergebnis der Bundesversammlung macht deutlich, dass die Jahre des organisatorischen Aufbaues nunmehr abgeschlossen sind und dass es ihm jetzt weit mehr denn je zuvor um das politische Auftreten und Agieren zu tun ist. Dies kam in der Kritik an Präsident Krüger zum Ausdruck, der vielen Delegierten zu wenig entschieden und entschlossen formuliert und handelt, und dies geht aus der Berufung von erstmalig zwei sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten in das Präsidium hervor. Indem übrigens beide Politiker vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesverkehrsminister Dr. Seebötz, zur Wahl vorgeschlagen wurden, wurde erneut die Notwendigkeit einer Gemeinsamkeit aller Parteien in der Bewältigung der nationalpolitischen Aufgaben unterstrichen.

Durch die Wiederwahl von Jaksch und die Neuwahl von Rehs wurde zugleich deren ebenso besonnene wie konstruktive Arbeit im Auswärtigen Ausschuss und im Vertriebenenausschuss des Bundestages, im Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit und im Gesamtdeutschen Ausschuss des Bundes der Vertriebenen dankbar honoriert. Der knappe Sieg des bisherigen Präsidenten aus der CDU und der hohe Stimmenanteil der beiden sozialdemokratischen Politiker sind ein Warnzeichen für die Regierungspartei und eine Bestätigung der sozialdemokratischen Konzeption sowohl auf dem sozialpolitischen als auch nationalpolitischen Feld.

+ + +

Mit Blick auf die EWG

sp. - Stärker als in den vorhergehenden Jahren stand bei dem politischen Gespräch zur "Kieler Woche" 1962 das Thema "Wie soll es mit Europa weitergehen?" im Vordergrund. Und, da sich der Blick von der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt zuerst nach Skandinavien und den angelsächsischen Völkern richtet, kamen auch jene Überlegungen aus diesem Raum zur Sprache. Zusammenfassend gilt die Feststellung: In Kiel haben in- und ausländische Politiker dem Gedanken eines Kleinsteuropas etwa aus der Bundesrepublik, Frankreich und Italien bestehend, eine klare und wohl begründete Absage erteilt.

Am meisten Gewicht hatten dabei wohl die Überlegungen, welche der Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im dänischen Reichstag, Per Hækkerup, zuerst in einem Forum-Gespräch und später vor den Studenten geltend machte. Es ist bisher noch nicht so deutlich gesagt worden, daß Dänemark seinen Anschluß an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unweigerlich von einem Beitritt Großbritanniens abhängig macht.

Aber ebenso aufmerksam sollte man in Bonn zur Kenntnis nehmen, bei der Bildung eines großen europäischen Wirtschaftsraumes muß Schweden auf seine Neutralität bedacht sein und zwar um eines weiteren europäischen Staates willen, der Finnland heißt. Würde Schweden, das im außerpolitischen Kräftespiel ein zwar wenig hervortretender aber um so bemerkenswerter Sachwalter Finnlands ist, seine Neutralität verlassen, Finnland würde dann den Interessen Rußland betont ausgeliefert werden.

Eine Perspektive, die übrigens auch für Österreich mit seinem Staatsvertrag gilt, tut sich hier auf: Der große Raum der Europäer ist auf wirtschaftlichem Gebiet nicht herzustellen, wenn die Neutralitäten nicht respektiert werden.

Was noch hinzuzufügen war, sagte neben anderen prominenten Ausländern der holländische Außenminister Luns geschliffen und freundlich, aber dennoch einprägsam. Es sollte alles getan werden, um Großbritannien seinen Weg zum Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erleichtern. Auch die Niederlande halten somit eine grosse Gemeinschaft der europäischen Staaten ohne Großbritannien für unmöglich und meinen, dass die Kontinentalstaaten die Bindungen Englands zum Commonwealth dabei auch zu respektieren haben. Wohl an die Adresse Frankreichs gerichtet war der Hinweis, daß diese Gemeinschaft der Europäer sich nicht scheuen sollte, auch enge wirtschaftliche Bindungen mit den jungen Staaten Afrikas einzugehen.

So blieb denn nach diesen Argumenten dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel eigentlich nicht anderes mehr übrig, als sich unüberhörbar von der Konzeption seines Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers Dr. Adenauer, zu distanzieren, der da mit dem Gedanken einer Union aus Deutschland, Frankreich und Italien so viel Unruhe im europäischen Gespräch angerichtet hat. Von Hassel sagte, die Landesregierung von Schleswig-Holstein habe seit eh und je einen Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Staaten zur EWG angestrebt. Nur ein größeres Europa, nicht ein Europa der drei könne die Freiheit garantieren.

Bestandenes "Wahlexamen"

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die auf bestimmte Gemeinden begrenzten Wahlen vom 10. Juni haben für die linkszentristische Regierung Fanfani zweifellos ein positives Resultat ergeben. Dazu geben sie zu einer ganzen Reihe von interessanten Betrachtungen Anlass. Zahlenmäßig haben - rechts die Liberalen, und links die Sozialdemokraten - bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt. Aber die Liberalen, die sich mit Hartnäckigkeit der neuen Politik widersetzen und zur alten Zentrums-Politik zurück möchten, haben die gewonnenen Stimmen der Democrazia Cristiana entrissen und somit gerade jene Partei geschwächt, mit der allein sie den alten zentristischen Traum verwirklichen könnten.

Ebenso interessant ist die Analyse des sozialdemokratischen Wahlsieges. Es ist unbestreitbar, dass Saragat (zum ersten Mal seit der sozialistischen Spaltung vor 1946) Nenni Stimmen abzugewinnen vermochte, doch es ist bezeichnend, dass dieser Sieg sich zu einem Zeitpunkt ereignete, in dem Saragats politische Stellung so links wie nie zuvor stand. Der Zuwachs neofaschistischer Kräfte darf wohl nicht bagatellisiert werden; dieser hat sich aber nicht in jenem Maße gezeigt wie von vielen befürchtet wurde. Bedenkt man die gewaltigen finanziellen Mittel, welche die sogenannten "Wirtschaftliche Rechte" des Landes der neofaschistischen Wahlkampagne zur Verfügung gestellt hat, und bedenkt man weiter, dass diese partiellen Gemeindewahlen in den traditionellen Hochburgen der Rechten stattgefunden haben, so dürfte dem neofaschistischen Zuwachs ein sehr relativer Wert zugeschrieben werden, zumal dieser auf Kosten der Monarchisten ging.

Interessant ist auch das leichte Sinken der kommunistischen Stimmen (prozentual 0,8 Prozent). Ob dies als das Symptom eines zukünftigen Niederganges der KPI angesehen werden darf, ist höchst fraglich. Vielleicht ist es nicht ganz zufällig, dass in der nördlichsten Gemeinde, nämlich in Fisa, die Kommunisten einen beachtlichen Erfolg gebucht haben. Die eigenartige und aller Logik widersprechende Tatsache, dass im Norden des Landes, wo der durchschnittliche Lebensstandard beinahe ein westeuropäisches Niveau erreicht hat, der Kommunismus weit stärker ist als im armen und zum Teil unterentwickelten Süden, hat sich erneut bestätigt. Es müssen die nächsten Wahlen abgewartet werden (1963), um mit Sicherheit

feststellen zu können, ob die von allen demokratischen Parteien mit Ungeduld erwartete Abwärtsbewegung des italienischen Kommunismus wahrhaft eingetreten ist, oder ob es sich bei den Wahlen vom 10. Juni lediglich um einen Zufall handelte. Für die breite Öffentlichkeit hat die Nenni-partei eine für sie äusserst schwierige Probe bestanden, auch wenn ihr nicht ein gewaltiger Wahlerfolg beschieden war; doch auch diese kaum er-gedeuteten Nuancen könnten bezeichnend sein.

Nach der bestandenen Probe kann nun zur Nationalisierung der Elektro-industrie geschritten werden. Das von der Regierung nach dem Wahlergebnis vorgeschlagene Gesetz muss vor dem 15. August vom Parlament gutgeheissen und innerhalb von sechs Monaten verwirklicht werden.

Innerhalb von knapp 16 Jahren hat Italien Entscheidungen getroffen, die sein traditionelles Antlitz langsam zu verwandeln versprechen. 1946 wurde die mit dem Faschismus stark kompromittierte Monarchie abgeschafft, und jetzt ist mit der Verstaatlichung der elektrischen Energiequellen das Fundament zu einer gewaltigen Strukturreform des Landes gelegt worden.

Politische Erwägungen

Dem Nationalisierungs-Beschluss der Elektroindustrie liegen auch po-litische Erwägungen zugrunde. Gerade diese Begründung gibt den zahlrei-chen Gegnern dieser Maßnahme Anlass zu einer heftigen Opposition. Aber diese "politischen Erwägungen" sind durchaus nicht in dem Sinn zu ver- stehen, dass die Nationalisierung beschlossen wurde, um einer sozialisti-schen Forderung entgegenzukommen und somit die Regierungsformel des lin-ken Zentrums zu retten. Die zur Verstaatlichung führenden Erwägungen sind vielmehr "politisch", weil sich nur auf diesem Weg ein bestimmtes Entwick-lungsprogramm verwirklichen lässt, das unentbehrlich erscheint, will die Regierung den unterentwickelten Sektoren der italienischen Wirtschaft - vor allem der Landwirtschaft - wirksam entgegenkommen und das Niveau be-stimmter Gebiete Süditaliens ernsthaft heben.

Durch diese bedeutende politische und wirtschaftliche Maßnahme - die Verstaatlichung der Energiequellen - hat die Democrazia Cristiana eine wesentliche Wandlung vollzogen. Obschon sie nach wie vor ihre antikommun-istischen Charakterzüge beibehält, ist sie nicht mehr a l l e in ein "Damm gegen den Kommunismus". Sie verwandelt sich in eine moderne, fort-schrittlichere Partei, die sich nicht mehr vor einem Gespräch mit den So-zialisten fürchtet. So beginnt die auf dem christlichdemokratischen Kon-gress von Neapel (Februar 1962) festgelegte und von vielen mit Skepsis betrachtete neue christlichdemokratische Politik langsam konkrete Formen anzunehmen.